

## Inhalt

1. Begrüßung, Einführung, Vorstellung des neuen Landeskulturrates.....	2
2. Kulturpolitische Ziele der neuen Wahlperiode.....	3
3. Kulturstrategie für Mecklenburg-Vorpommern Entwicklung – Perspektiven – Chancen .....	5
4. Mut zur Veränderung – Strategische Kulturplanung in Westfalen-Lippe .....	8
5. Rückfragen und Diskussion .....	10
6. Bericht aus den Arbeitsgruppen und anschließende Diskussion.....	12
Arbeitsgruppe 1 .....	12
Arbeitsgruppe 2 .....	13
Arbeitsgruppe 3 .....	16
Arbeitsgruppe 4 .....	18
Arbeitsgruppe 5 .....	20

## 1. Begrüßung, Einführung, Vorstellung des neuen Landeskulturrates

*Dr. Michael Körner - Vorsitzender des Landeskulturrates*

Nachdem Herr Körner das Publikum der Landeskulturkonferenz begrüßt hat, nennt er vier Merkmale, die seiner Erfahrung nach zu einem Kunst- und Kulturschaffenden in MV gehören – ein hochgradiges Engagement, vorzeigbare Erfolge, künstlerische und kulturpolitische Ideen und Sorgen. Die LKK solle für die Ideen und Sorgen aller Anwesenden da sein.

Herr Körner stellt den neuen Landeskulturrat vor, der im März konstituiert wurde und aus 10 berufenen und 8 aus den Kreiskulturräten entsandten Mitgliedern besteht. Der Rat treffe sich viermal im Jahr mit unterschiedlichen Schwerpunktthemen. Um die Kulturlandschaft ausreichend zu beeinflussen, sei allerdings weitere Arbeit zwischen den Sitzungen erforderlich. Daher sei der Vorstand viel im Lande unterwegs, besuche Arbeitsgruppen und Konferenzen und könne jederzeit bei eigenen Sitzungen der Kulturschaffenden eingeladen werden. Die Ergebnisse der Besuche wertet der Rat dann bei den Landessitzungen aus. Schwerpunktthemen für die nächsten Sitzungen seien die „Freie Kulturszene“, „Kunst am Bau“, „Kulturelle Bildung an Schulen“, „Kultur als Querschnittsaufgabe“, „Das Landesheimatprogramm“ und „Kunst, Kultur und Wissenschaft“. Für freiwillige Mitarbeit an einem der genannten Schwerpunkte oder weitere Themenvorschläge sei der Rat offen.

Herr Körner betont, es sei wichtig die Kulturpolitik der vergangenen Jahre zu reflektieren. Dies sei auch in der Vergangenheit bereits getan, der Prozess an sich sei aber noch nicht genügend beleuchtet worden hinsichtlich seiner Stringenz und Sinnfälligkeit. Diese Konferenz solle damit beginnen. Gleichzeitig solle sie auch als Orientierungshilfe für zukünftiges kulturpolitisches Handeln dienen. Dazu benötige es an erster Stelle aktiver Mitarbeit der Kulturschaffenden. Auch der LKR werde seinen Beitrag im Prozess leisten und es bedürfe Hilfe von außerhalb des Landes. Letzteres sei unter anderem durch die beiden Referenten, Herrn Dr. Knoblich und Frau Dr. Freigang, die in dieser LKK von ihren praktischen und theoretischen Erfahrungen berichten, bereits zugesagt. Die Arbeitsgruppen am Nachmittag dieser LKK sollen helfen, am Ende des gesamten Prozesses etwa 10 kulturpolitische Leitlinien entwerfen zu können, mit denen die Kulturpolitik in Zukunft klarer umrissen werden kann.



## 2. Kulturpolitische Ziele der neuen Wahlperiode

*Staatssekretär Sebastian Schröder*

Herr Schröder begrüßt die Gäste und betont das positive Miteinander innerhalb der Kunst- und Kulturszene. Als bemerkenswert betrachte er die vielfältigen Vereinfachungen in Bezug auf Antragsmodalitäten in der Kulturförderung, die fristgerecht erreicht werden konnten. Man könne nun eine Kulturförderung unter erleichterten Bedingungen erhalten, besonders wenn Fördermittel bis zu 30.000 Euro beantragt werden.

Für die neue Wahlperiode sollen gemeinsame Ziele skizziert werden. Einen Schwerpunkt stelle dabei die kulturelle Bildung insbesondere für Kinder und Jugendliche in ländlichen Räumen dar. Hier gelte es, bestehende Einrichtungen und Projekte zu fördern, aber auch neue Programme zu initiieren, um Wirksamkeit und Reichweite zu erhöhen. Damit fördere man nicht nur eine selbstbewusste Persönlichkeitsentwicklung, sondern entdecke auch neue Talente des künstlerischen Nachwuchses und gewinne das Kulturpublikum von morgen. Des Weiteren



siehe Kultur eine entscheidende Rolle bei der Identitätsfindung, so auch für Mecklenburg-Vorpommern. Daher fördere das Sonderförderprogramm „Meine Heimat – mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“ seit zwei Jahren innovative Projekte im Bereich Heimatpflege, mit den Zielen, das kulturelle Erbe und Traditionen zu pflegen sowie zeitgenössisches Kunstschaffen zu fördern. Die Landesregierung möchte der Kunst und Kultur Raum geben, indem sie neben ihrer Förderung auch in Verbindung gesetzt werden soll mit Fragen über die Zukunft ländlicher Räume, über gesellschaftliche Veränderungsprozesse wie Alterung, Zuwanderung, Digitalisierung oder die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes.

Um kulturelle Erlebnisse zu ermöglichen, seien flexible Formate in der Vermittlung gefragt. Man solle sich nicht ständig an den Besucher anpassen. Das Besondere an Kunst und Kultur sei, dass Erwartungen eben nicht immer erfüllt werden, man es genießen könne, überrascht zu werden. Dabei solle man beachten, eine möglichst breite Zielgruppe, unabhängig vom sozialen Stand zu erreichen. Drei Punkte seien von entscheidender Bedeutung: Sichtbarkeit, Erreichbarkeit und Gelegenheit. Erreichbarkeit beziehe sich auf eine angemessene Infrastruktur gerade für eine dünn besiedelte Region wie MV. Eine gute Sichtbarkeit erreiche man dadurch, dass Gäste über ansprechende Angebote ausreichend informiert werden. Doch die Wahrnehmung der Einheimischen und Touristen stärker auf Kunst- und Kulturangebote zu lenken, sei keine leichte Aufgabe. Deshalb solle die LKK auch genutzt werden, um darüber zu diskutieren, welche Chancen in den kulturellen Angeboten aller Anwesenden liegen und welche Perspektiven sich für das Kulturland MV daraus ergeben könnten.

Herr Schröder stellt die Frage, was es bedeute, dass „Kulturförderung auch Standortförderung“ sei. Es bedeute, auch mal über den eigenen Tellerrand hinaus zu denken und Ideen, Potentiale und Ressourcen übergreifend für ein gemeinsames Ziel zu nutzen. Für die Förderung des Bereiches Kulturtourismus sei zum Beispiel das Wirtschaftsministerium verantwortlich, obwohl das Kulturministerium die Kulturanbieter und deren Perspektiven besser kenne und besser dafür geeignet wäre. Eine Zusammenarbeit beider Seiten in Hinblick auf die Entwicklung einer

Landesstrategie wäre sinnvoll. Dazu gehöre es, gemeinsame Handlungsprinzipien zu erarbeiten und eine strategische Marketingplanung in die Wege zu leiten. Für eine erfolgreiche Entwicklung des Kulturtourismus sei eine gelungene Kooperation zwischen Kulturschaffenden und Touristikern unumgänglich. Die jeweils eigene Identität müsse beim Dialog nicht aufgegeben werden.

Die Tourismus-Marke „Kulturland M-V“ sei auch als Leistungsversprechen zu verstehen. Dazu habe es im September 2017 bereits Gespräche zur zukünftigen Zusammenarbeit von Bildungsministerium, dem Landesmarketing und dem Tourismusverband M-V gegeben.

### 3. Kulturstrategie für Mecklenburg-Vorpommern Entwicklung – Perspektiven – Chancen

*Dr. Tobias J. Knoblich (Vizepräsident der kulturpolitischen Gesellschaft, Kulturdirektor Landeshauptstadt Erfurt)*

Herr Knoblich bedankt sich für die Einladung zur LKK 2017 und erklärt, nachdem er letztes Jahr überblicksartig über die kulturpolitische „Großwetterlage“ in Deutschland sprach, dass er dieses Mal auf die Problematik einer Kulturstrategie für MV eingehe. Dabei möchte er als Außenstehender nicht belehrend wirken, sondern seine Außenperspektive und vorhandene Erkenntnisse nutzen, um hilfreiche Impulse zu geben. Er vertrete eine kulturpolitische Gesellschaft, die bundesweit agiere auf Basis eigener Forschungen und Projekte und viele Publikationen vorweisen kann, wie beispielsweise die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „kulturpolitische Mitteilungen“.

Er stellt die Frage, was Strategie in der Kulturpolitik bedeuten kann. Ursprünglich stamme der Begriff aus der Feldherrenkunst, wo man den gezielten Gewalteininsatz zum Erreichen politischer Ziele als Strategie bezeichnet habe. Die Umsetzung der militärischen Operationen sei dabei die Taktik. Strategie setze also einen Handlungsrahmen, der die Analyse der Situation und die Absichten handelnder Akteure berücksichtigt, um zukünftige Situationen perspektivisch aufzuzeigen. Mit einer Strategie könne man demnach komplexe Handlungsmöglichkeiten auf ihre Resultate hin ordnen.

Der Strategiebegriff lasse sich vom Militär ohne Probleme auf die Kulturpolitik übertragen mit nur geringfügigen Unterschieden. Dennoch sei der Kulturbereich in den letzten Jahrzehnten vielerorts ohne passende Strategie sehr stark kumulativ oder additiv entwickelt worden. Die Kulturpolitik folgte bundesweit dabei einem sehr statischen Bild des Kulturnutzers, der Traditionen und der Finanzverteilung. Zugespitzt formuliert sei „Herkunft wichtiger als Zukunft“ gewesen.

Für Deutschland spiele Kulturpflege schon über einen sehr langen Zeitraum eine wichtige Rolle. Die Bedeutung Deutschlands in der Welt ergebe sich nun auch durch seine Bedeutung als Kulturstaat. Es gäbe aber auch kritische Stimmen, die beklagen, man habe die geschichtliche Entwicklung des Landes kulturstrategisch unklug genutzt. So behaupte man, während der Wende nur einseitige Anpassungspolitik von West nach Ost betrieben und Problematisches im Kulturbereich der alten Länder vernachlässigt zu haben. Kulturstrategie musste der Herstellung des Gewohnten weichen. Dadurch wurden viele Kulturhäuser geschlossen, die durchaus konvertiert werden und weiterhin als Kulturorte hätten wirken könnten. Diese würden im Zusammenhang mit der Entwicklung der freien Kulturszene nun mancherorts bürgerschaftlich neu entdeckt werden, wobei es effektivere Wege gegeben hätte. Statt Strategie würden hier Ideologie, Vorbehalte oder einfach Konventionen wirken.



Aus den vergangenen Entwicklungen gelte es ein prägendes Muster zu erkennen, dass die Basis kulturpolitischen Denkens bestimmen solle. So sei eine stete Anreicherungsbewegung in den letzten Jahrzehnten bemerkbar, auch wenn der Deutsche Kulturrat mit einer Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen den Kulturstaat kurz vor dem Abgrund sehe. Dieser Prozess des Wachstums sei anfangs nur wenig planvoll und unstrukturiert gewesen. Schwierigkeiten ergaben sich dabei oft durch finanzielle Engpässe. Der grundlegende Zuwachs mehrte einerseits den Reichtum, führe aber auch zu einer Last, da der Umgang mit ihm nicht nur finanzielle Probleme bereite. Auch dort, wo der Bestand an Kulturakteuren schrumpft, spitze es sich zu aufgrund von veränderten Rahmenfaktoren wie zum Beispiel private Haushalts- und Fördermittel, das Interesse der Menschen und ihre Mobilität, die verfügbaren Freizeitangebote jenseits von Kultur und digitaler Welt und Bildungsvoraussetzungen vor allem für jüngere Menschen. Der prägende Habitus des Kulturbürgers verschwinde zunehmend und flächendeckend und weiche zugunsten der kulturferneren Schichten. Dies seien lediglich zwei Pole einer komplexen Lebensstilentwicklung. Trotz kultureller Strukturreformen habe sich das Umfeld rasant verändert, wogegen der öffentlich getragene, geförderte Kulturbereich relativ konstant blieb. Dies sei weder gut noch schlecht, sondern eher eine Frage der politischen Bewertung und der Modernisierungsaffinität. Problematisch sei es aber für die „Kultur der Digitalität“, weil dadurch gesellschaftliche Impulse und die Resonanz abnehmen würden. Mit Kultur solle aber gerade gesellschaftlich etwas erreicht werden. Man wolle Menschen mitnehmen, neue Zielgruppen erschließen und das Zusammenleben fundieren. Kultur solle Demokratie fördern, Sinnfragen beantworten helfen und Dialoge fördern, wo andere Kanäle versiegen. Sie müsse aktuell und attraktiv sein und integrativ wirken. Derzeitig erlebe man aber zunehmend Desintegration und das Schwinden von Konsensen. In Deutschland verbinde man neuerdings mit dem einst positiv geprägten Begriff einer europäischen Leitkultur ein durch rechtskonservative Milieus geprägtes nationales Kulturverständnis. Die Deutsche Leitkultur betrachte man etwas differenzierter. So gehe es dabei um mehr als einen Verfassungspatriotismus, nämlich um die Formen, wie unser Zusammenleben ausgestaltet werden solle. Andererseits verstehe man auch die Leitkultur als Demarkationslinie. Die Illusion, dass starke Nationalstaaten der Globalisierung trotzen und Inseln unantastbaren Wohlstands aufrechterhalten könne, verhindere eine offene, interkulturelle Entwicklung. Darauf müsse Kulturpolitik reagieren, um realistische und humane Antworten zu finden und mit den Mitteln der Kultur Gemeinschaft aktiv zu gestalten. Eine starke Strategie sei dazu nötig, um Politik und Kultur stärker zu verbinden. Kultureinrichtungen müssen ihre Selbstbilder hinterfragen und ggf. korrigieren. Handlungsfelder zwischen Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik sollen besser verknüpft werden. Der Einsatz öffentlicher Finanzmittel bedarf neuer Programm- und Verteilungslogiken. Die Logik der Institutionen müsse also vielerorts aufgebrochen werden, was auch mit Bibliotheken, Theatern oder Museen gehe.

Auch wenn diese Ansicht von vielen Kulturakteuren geteilt werde, müsse die Kulturpolitik vor allem in der Mitte der Gesellschaft ankommen und die Menschen stärker einbinden. Jedoch haben sich die Voraussetzungen demokratischer Kulturpolitik in den letzten Jahren verschlechtert. So ist von Postdemokratie und von der Macht der Märkte die Rede, die zu einer simulativen Demokratie führe. Andere sprechen von Postparlamentarismus und von der Macht der Experten, die gesellschaftliche Kontroversen scheinbar objektivieren.

Herr Knoblich erlebe die Kulturpolitik ähnlich wie Hartmut Rosa, dem „Politik eher als hinterherhinkende oder sich durchwurstelnde Feuerwehr“ erscheint. Alternativlosigkeit mache sich bemerkbar. Viele Kulturmanager fordern ein Umdenken und einen starken Kulturbetrieb der seinen Betriebscharakter voll entfaltet. Das Leitbild dabei sei aber vor allem der Markt und der Wettbewerb. In globale und europäische Steuerungsbilder eingeordnet, bedeute dies, die für uns

lange selbstverständliche Förderung von Kultur müsse neu gerechtfertigt werden. Staatliche und kommunale Hilfen sollen in erster Linie die Verzerrung des Wettbewerbs verhindern. Subventionen würden die Ausnahme sein und müssen stets dokumentiert werden. Er ergeben sich also zusätzliche Rechtfertigungsprozesse und neue Bürokratien, die Proteste und negative Mobilisierung hervorrufen können.

Handlungspfade und Entscheidungsfindungen müssen neu bedacht werden. Staat und Kommunen müssen die Bürgerschaft stärker einbinden, neue Dialogformen etablieren, Vertrauen zurückgewinnen, dann starke Entscheidungen treffen und gut begründen. Notwendige Veränderung könne nur mit breiter Beteiligung und Motivation gelingen. Wichtig sei auch, dass Staat und Kommunen sich klarer und offensiver zur Daseinsvorsorge bekennen würden und Kulturpolitik wahrnehmbarer werde. Als wichtiger Aspekt einer Kulturstrategie müsse also der Kulturbereich mit anderen Politikfeldern strategisch verknüpft werden. Er müsse sich selbst Ziele und Perspektiven setzen.

Herr Knoblich lobt, dass der LKR in Zusammenarbeit mit der Landesregierung über Prozesse der dialogischen Kulturplanung nachdenkt. Dies sei Teil einer Kulturentwicklungsplanung, mit der sich Ansätze entwickeln lassen, die herausfinden können, wohin sich die Kulturlandschaft bewegen, verstärkt unterstützt oder auch verändert soll.

Folgende Themen müssten für die Arbeit an einer Kulturstrategie für MV betrachtet werden:

1. Ermöglichung eines breiten Gespräches über Kultur im Land und in den Regionen zwischen Akteuren und Betroffenen durch Partizipation und Moderation
2. Aneignen von vertiefendem Wissen über Kulturträger, Angebote und spezielle Ausgangslagen im Land, um institutionelle Transformationen oder Förderinstrumente zielgenau entwickeln zu können
3. Setzen von kulturpolitischen Schwerpunkten in Abhängigkeit von Finanzmitteln, um Kulturangebote bedarfsgerecht zu entwickeln
4. Kulturfachliche Akzente, kulturpolitische Querschnittsthemen und ressortübergreifenden Maßnahmen sollten entwickelt werden und zu einem politischen Diskurs im Land aufwachsen
5. Besondere Beachtung freier Kulturträger, Szenekenner/innen und Raumpioniere, da sie gerade in ländlichen Regionen entscheidende Netzwerkknoten bilden
6. Zusammentreffen von Landeskulturstrategie und regionalen Partner ermöglichen und sowohl moderierend und kommunal-gestaltend absichern
7. Nachdenken über legislative Instrumente
8. Beachtung der wichtigen Ressource nachwachsender Kulturnutzer/innen durch Förderung der kulturellen Bildung im Rahmen der Kulturstrategie

#### 4. Mut zur Veränderung – Strategische Kulturplanung in Westfalen-Lippe

*Dr. Yasmine Freigang (Projektleiterin „Kultur in Westfalen“ Landschaftsverband Westfalen-Lippe)*

Dr. Freigang berichtet in ihrem Vortrag über Erfahrungen in der strategischen Kulturplanung in der Region Westfalen-Lippe. Sie geht zunächst auf den geographischen Rahmen der Region ein. Flächenmäßig sei Westfalen-Lippe ein wenig kleiner als MV und besäße dennoch mehr Einwohner. 44% aller Einwohner seien im ländlichen Raum angesiedelt. Dabei gäbe es selbst in den ländlichen Regionen von W-L pro Quadratmeter mehr Einwohner, als durchschnittlich in ganz MV. Der Landschaftsverband erhielt großen Auftrieb durch einen Landesentwicklungsplan, bei dem sich zwei Metropolregionen – das Rheinland und das Ruhrgebiet – bildeten.

Für die kulturelle Entwicklung der Region zeige sich vor allem der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) verantwortlich. Neben den kulturellen Schwerpunkten übernehme der LWL auch übergreifende Aufgaben aus anderen Bereichen wie zum Beispiel Soziales oder Psychiatrie. Der Kulturanteil der Haushaltsplanung des LWL sei im Vergleich zu den anderen Bereichen geringer aber nahezu konstant. Die Kultur solle nun zukünftig gestärkt und besser sichtbar gemacht werden. Derzeit gäbe es bereits einige Projekte, die dies angehen wollen, Das Projekt „lila we:“ Literaturland Westfalen versuche zum Beispiel literarische Einrichtungen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen zu unterstützen, um die Qualität und Vielfalt der Literatur in und aus Westfalen stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein weiteres Kulturprojekt sei „Tag der Gärten & Parks“, das sich vor allem an die Gartenfreunde der Region richte und die Lebensqualität und den Erlebniswert der Städte positiv beeinflussen soll.

Dr. Freigang beantwortet die Frage, warum konzeptbasierte Kulturpolitik wichtig sei. Die Gesellschaft von morgen zeichne sich vor allem durch eine zunehmend schnellere Veränderung des Kulturlebens aus. Dazu müsse man Prioritäten im Gesamtzusammenhang bestimmen, die als Grundlage für eine Abstimmung innerhalb der Region und für den Diskurs mit der Landespolitik dienen können. Die moderne Kulturplanung definiere sich als ein Kommunikationsprozess, der Gesamtzusammenhänge berücksichtige, für Verbindlichkeit Sorge, Kompetenzen und den Wunsch nach Mitgestaltung durch Beteiligung nutze und sich um regelmäßige Evaluation kümmere.

Im Rahmen der konzeptbasierten Kulturpolitik wurden 9 Pilotplanungsprozesse in die Wege geleitet. Dies sind umfangreiche Kulturplanungsprozesse, die auf einem möglichst breiten Spektrum unterschiedliche Planungsarten und Träger berücksichtigen. Aus methodischer Sichtweise sind sie an einen offenen Planungsprozess angelehnt, der keine inhaltlichen Vorgaben besitzt, aber eine sehr hohe Beteiligung erfordert. Dazu musste zunächst durch eine Umfrage sicher gestellt werden, dass genügend Bereitschaft bei den Bürgern und Kommunen vorhanden ist. Es wurden dann Konferenzen organisiert, die der LKK ähnlich waren. Dort wurden zunächst Rahmenbedingungen und die Ausgangslage besprochen, um auf deren Basis Visionen und kulturpolitische Ziele zu entwickeln, die die Erstellung eines Maßnahmenplans ermöglichten. Neben speziellen kreisabhängigen Einzelergebnissen konnten auch regional umfassende Maßnahmen formuliert werden. So sei man sich einig, man brauche hauptamtliche Kümmerner, um die erforderliche Arbeit im Kultursektor stemmen zu können, eine digitale Plattform für den Wissensaustausch außerhalb von Konferenzen und bürgerschaftliche Plattformen wie Konferenzen und Foren. Thematisch wichtige Schwerpunkte, die es zu berücksichtigen gelte, seien Ehrenamt, kulturelle Bildung, Mobilität und Freiräume, besonders für junge Menschen.

Aus den Kulturplanungsprozessen ließen sich viele Erfahrungen mitnehmen. Zu achten sei darauf, dass der Kulturbegriff klar definiert ist, sodass keine Missverständnisse zwischen den Beteiligten entstehen können. Es müssen Ziele bestimmt werden und ein Bewusstsein für eine mögliche



Tragweite der Ergebnisse geschaffen werden. Bei der Umsetzung der Ziele soll von Anfang an auf Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit geachtet werden. Der zeitliche Aufwand ist kritisch einzuschätzen. Wichtige Zielgruppen wie die Politik müssen beteiligt werden, weil dadurch Rückhalt gewonnen werden könne. Konflikte sollen stets thematisiert werden. Neben den Herausforderungen, die der Kulturplanungsprozess mit sich bringe, gäbe es auch viele Chancen: die Chance sich besser kennenzulernen und wertzuschätzen und den kulturellen Reichtum der Region zu erkennen und benennen zu können. Kreativität, Kompetenzen und Erfahrungen verschiedenster Leute können effektiv genutzt werden. Es könne sich eine interne Vernetzung ergeben. Interkommunales Denken könne gefördert werden. Durch die Beteiligung aller wachse auch das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen.

An der Kulturentwicklungsplanung seien drei wesentliche Parteien beteiligt: die Politik, die Kulturschaffenden und die Verwaltung. Für jede Partei existieren individuelle Interessen. So sei den Kulturschaffenden bei der Planung besonders wichtig, dass das Netzwerk innerhalb der Kommune vorangetrieben wird, dass strategische Ziele für die Kulturpolitik definiert werden, dass sie selbst auch an der Planung beteiligt werden und langfristig die Bedeutung der Kultur gesteigert werde. Aus Sicht der Verwaltung ergeben sich ähnliche Interessen, allerdings lege sie auch einen Fokus auf das Setzen von Prioritäten und das Definieren von Operativen Maßnahmen. Die Politik schätze im Rahmen des Planungsprozesses als besonders gut gelungen ein, dass Ziele gut entwickelt wurden und man auch mal andere Akteure im Kulturbereich kennenlernen konnte. Als nicht gelungen werde vor allem der Mut zu tiefgreifenden, strukturellen Veränderungen genannt. Auffallend sei, dass, obwohl anfangs Kritik geäußert wurde, alle drei Parteien nach Durchführung der Kulturentwicklungsplanung einen überwiegend positiven Eindruck vom Prozess hatten, und diesen gerne auch anderen Interessierten weiterempfehlen würden.



## 5. Rückfragen und Diskussion

### **Kathrin Möller (Museumsverband in Mecklenburg-Vorpommern e.V.):**

Sie erwähnt die derzeitige, vielfältige Kulturlandschaft von MV. Sie befürchte, dass diese in naher Zukunft sukzessive wegbrechen werde. Viele kulturelle Einrichtungen wie Museen oder Theater würden vor allem von der älteren Generation betrieben, für die es kaum Ersatz gäbe, sollten diese in ihren Ruhestand gehen. Daher bekräftige sie, dass Diskussionen mit den Politikern entscheidend seien, um eine Lösung zu finden. Dazu sei es notwendig, neue Diskussionsplattformen zu schaffen.

### **Ralph Kirsten (Landeskulturrat MV):**

Er behauptet, dass in der Vergangenheit viel über Strategien, Bürokratie, Förderung und Praxis geredet wurde. Er bedankt sich für die Organisation der LKK und er erhoffe sich dadurch mehr Ressourcen, um über die Zukunft der kulturellen Entwicklung nachzudenken. Er bemerke eine gewisse intellektuelle Auszehrung in Gesprächen mit Kulturschaffenden. Wenn schnelle und fachübergreifende Einigungen erzielt werden sollen, so müsse man zunächst festlegen in welcher Form man kommunizieren möchte. Dazu solle man schauen, ob der LKR mit 4 Treffen im Jahr dies möglich mache. Er empfinde die Veränderung im Kulturtourismus als positiv. Man dürfe aber auch andere Bereiche, zum Beispiel die Kulturwirtschaft nicht aus den Augen verlieren. Weiterhin hinterfragt er, ob die Kulturstrategie, die in MV derzeitig präsent ist, langfristig zielführend ist. Er betone noch einmal, man solle erst nachdenken und dann handeln.

### **Imke Freiberg (St. Spiritus):**

Sie kritisiert, der Kreiskulturrat stehe kurz vor dem Aus, weil die Frage nach einer geeigneten Organisationsstruktur, die über die ehrenamtliche Tätigkeit hinausgeht, immer noch konsequent unbeantwortet bliebe. Auf Dauer wäre dies nicht von den Ehrenämtern zu leisten.

### **Frauke Lietz (Landeskulturrat MV):**

Sie habe bereits das Glück gehabt, an einer ähnlichen Konferenz für kulturpolitische Leitlinien in Bezug auf Rostock teilnehmen zu können. Dabei habe sie positive Erfahrungen machen können. Die Kreisverwaltung habe die Moderation übernommen, der Kulturausschuss sei beteiligt gewesen, es habe „Kulturfabriken“ gegeben. Sie bemerke aber, dass hauptamtliche Kümmerer unverzichtbar seien, da das Ehrenamt die aufzubringende Arbeit nicht alleine stemmen könne.

### **Corinna Hesse (Kreative MV):**

Sie merkt an, dass Künstlern und Kulturschaffenden vor allem in ländlichen Räumen eine immer geringere finanzielle Basis für ihre Tätigkeit zur Verfügung stehe. Man solle sich darauf fokussieren, wie man die Finanzierung der kulturellen Basis stärken und langfristig sichern kann. Dies bezöge sich genauso auf die Finanzierung der Kreiskulturräte.

### **Marion Schael (Mitglied Landeskulturrat):**

Sie schließe sich ihren Vorrednern an und meine, dass Ehrenamt allein nicht alle Aufgaben lösen kann und deshalb dringend über Unterstützung der Kreiskulturräte nachgedacht werden müsse.

### **Pierre Wilhelm (Denkmal Kultur Mestlin e.V.) :**

Er bemerke eine Stagnation der Kulturzuschüsse. Kultur sei allerdings als Wertevermittlung unverzichtbar und leiste einen Beitrag, den andere Bereiche wie zum Beispiel Sport nur teilweise leisten können. Man solle deshalb Kultur als Pflichtaufgabe definieren und ausreichend fördern,

sodass Kulturschaffende nicht mehr aufgrund von Geldknappheiten zum Egoismus verdammt wären.

**Dr. Yasmine Freigang (Projektleiterin „Kultur in Westfalen“ Landschaftsverband W-L):**

Sie berichtet, die Frage, ob Kultur zur Pflichtaufgabe werden solle, wäre auch in ihrem Landkreis aufgetreten. Man habe sich aber bewusst dagegen entschieden. Kulturelle Einrichtungen, die sich im Nothaushalt befinden, könnten aber dennoch durch bestimmte Förderungen Geld für Kultur ausgeben. Weiterhin betont sie, dass man in Nordrheinwestfalen in der Summe nicht weniger Geld für Kultur ausgeben. Zum Schluss geht sie auf die Probleme mit Heimatvereinen im Zusammenhang mit Überalterung ein. Sie bestätige, dass dies ein schwieriges Thema sei. Man könne aber in bestimmten Fällen über Vereinszusammenschlüsse nachdenken.

**Dr. Robert Uhde (Schlösserverein MV):**

Er weist darauf hin, dass man Kunst und Kultur vor allem auf dem Lande suche. Weiterhin merke er an, dass Kultur eventuell auch über andere Ministerien entwickelt werden könne.

**Ute Köpke (Kunst- und Kulturrat MSE):**

Sie betont ebenfalls, dass man hauptamtliche Kümmerer bräuchte. Es sei dazu wichtig sich zu vernetzen. Dies koste aber Zeit und Geld, welches durch Ehrenamt nicht allein gestemmt werden könne.

**Rolf-Jürgen Schmidt (Kunstverein Stralsund e.V.):**

Er bemängelt an der Konferenz, dass zu angesprochenen Problemen bisher nur Detailspekte herangetragen wurden. Er könne noch keine Fokussierung feststellen, die weiterhelfen würde bei der Frage, wie man eine Kulturstrategie in diesem Land begründen könne. Seiner Meinung nach könne es nicht allein aus dem Kultursektor von innen heraus erfolgen. Es müsse im Zusammenhang geschehen mit den großen Herausforderungen dieses Landes wie Zu- und Abwanderungen, der wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Aus dem Bereich der Kulturpolitik gäbe es zu der Frage wohl praktisch keine Resonanz. Anders verhielte es sich dabei mit der Landwirtschaftspolitik.

## 6. Bericht aus den Arbeitsgruppen und anschließende Diskussion

### Arbeitsgruppe 1

#### Kein Kulturland ohne Landkultur – Perspektiven für Kunst und Kultur bei der Entwicklung ländlicher Räume

Impuls: Dr. Yasmine Freigang (Projektleiterin „Kultur in Westfalen“ Landschaftsverband W-L)  
Prof. Dr. Wolfgang Vogt (stellvertretender Vorsitzender Landeskulturrat)

Leitung: Marc Steinbach (Mitglied Landeskulturrat)

---

## Arbeitsgruppe 2

### Kultur der Zukunft – Was verändert sich?

Impuls: Wolfgang Streblov (Fachdienstleiter Kultur und Weiterbildung der Stadt Lippstadt)

Leitung: Marion Schael (Mitglied Landeskulturrat)

---

Nach einer kurzen Vorstellung des Impulsgebers gibt Frau Schael eine kurze Einführung in die Thematik und stellt die Fragen, was Kultur sei, welche Konzepte es für die Kultur in der Zukunft gäbe und welchen Weg die Kultur in Zukunft gehe.

#### Impulsvortrag

Herr Streblov hält seinen Impulsvortrag in Form einer fiktiven Rede, die im Jahre 2040 gehalten werden könnte, wenn sich aus den Erfahrungen, Ideen und Hoffnungen aus der heutigen Zeit eine neue gesellschaftliche Sichtweise auf Kunst und Kultur entwickelt hat. Der Anfang des Vortrags zeigt, welche gravierende Änderung die digitale Welt in Bezug auf kulturelle Events mit sich bringen kann. Es werden zahlreiche digitale Möglichkeiten und Komforts erläutert, mit denen man diesen Vortrag erleben kann. Die Anbindung an mobile Endgeräte ermögliche dann individuelle Sprach- und Lerneinstellungen sowie günstige Speicherungsmöglichkeiten und Elemente aus dem Bereich der Augmented Reality. Es wird dann der geschichtliche Verlauf in den letzten Jahrzehnten erläutert und darauf eingegangen, welchen positiven Wandel Kultur, Industrie, Religion und Wissenschaft gemacht haben. Ursache dafür sei beispielsweise die aktivierende Kulturpolitik gewesen, die die Bürgerschaft stärker beteiligt hat und an Entscheidungsprozessen mitwirken ließ. Neue Gedanken und Ansätze hinsichtlich der Kulturplanung entwickelten sich. Man wollte Kultur nicht mehr planbar gestalten, sondern lediglich Rahmenbedingungen schaffen, um der Kunst ihre zustehende Freiheit garantieren zu können. Neue Definitionen des altbekannten Kulturbegriffs waren dazu notwendig. Die gefundenen Definitionen ergaben schließlich einen erweiterten Kulturbegriff, der meint, dass „Kunst, Wirtschaft und Soziales zu gleichen Kräften miteinander Wirken und so die Kultur einer Gemeinschaft im eigentlichen Sinn ausmachen“ und dass "diese drei Kräfte [...] durch die Kulturpolitik gesteuert [werden]. Es wird angefügt, dass die Kunst der Wirtschaft und dem Sozialen im Bezug auf einer nachhaltigen funktionsfähigen Gesellschaft in der Vergangenheit stets als nachrangig betrachtet wurde. Für Kunst gab es keine schlagkräftige Lobby und demnach nicht ausreichende Finanzmittel, im Gegensatz zur Wirtschaft. Mit dem Ansatz, dass "Wirtschaft eine Kulturleistung" sei, legte der Zukunftsforscher Erik Händeler das Fundament, um die drei Kräfte wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

#### Diskussion

Dem Impulsvortrag folgte eine Gruppendiskussion. Herr *Streblov* spricht zunächst die im Vortrag angesprochene globale Revolution ausgelöst durch die Erfindung des Smartphones 2007 an. Erfindungen mit großem Einfluss auf Wirtschaft, Soziales und Kunst, die über einen langen Zeitraum bleiben, gäbe es alle 40 bis 60 Jahre.

*Jezmann* wirft ein, dass die Wirtschaft dennoch Grundlage für die anderen Bereiche sei und sich die Gesellschaft nun immer mehr spalte.

*Beck* geht darauf hin auf die außerschulische Bildung und den „hinten angestellten“ Kulturpessimismus ein und bestreitet, dass Wirtschaft die Grundlage für Soziales und Kultur sei.

*Blumenthal* meint, ein Schritt in Richtung Kulturteilhabe aller sei das bedingungslose Grundeinkommen als Grundlage. Sie kritisiert den digitalen Einfluss, da das ursprünglich Menschliche dabei verloren gehen würde. Der Mensch solle zu sich selbst zurückfinden. Die Kinder sollen mit ihrer Stimme theatralisieren und ihren Körper entdecken können. Sie fürchte die Gefahr, von der digitalen Welt und der Fülle der Angebote krank zu werden. Altes, was kulturell und historisch wichtig für uns sei, solle bestehen bleiben.

*Berndt* bestätigt den großen Einfluss von Smartphones, weist aber auch auf die abnehmende Begeisterung mit ihrem Umgang hin, der sukzessive zum normalen, ursprünglichen Leben zurückführen würde. Denn viele Menschen würden auf Dauer mit der Digitalisierung nicht umgehen können.

*Svensson* fügt an, in Schweden würden Bibliotheken eine große Rolle spielen, deren Angebote auch mit normalen Schulen verbunden seien. Kultur sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

*Schuhmacher* ergänzt, Schule soll Erfahrungslernen werden. Die „schönen Künste“ sollten Pflichtfächer werden. Dazu sei Breitenarbeit in allgemeinbildenden Schulen nötig. Künstlerische Qualität dürfe nicht mit Verpflichtung zum Wettbewerb und Beurteilung der Lernenden wertgeschätzt werden.

*Vendt-Vogt* meint, Projekte mit Kindern seien eine Entlastung für Lehrer und eine große Bereicherung für Künstler. Er ergebe sich eine kulturelle Einheit von Wirtschaft, Sozialem und Kunst.

*Körner* spricht an, dass die Konturen verwischen würden. Früher hätte sich das Gemeinschaftswirken vor allem durch Einzelleistungen und Fachleuten definiert. Zukünftig soll jeder Einzelne beim Gemeinschaftswirken stärker beteiligt sein. Die Wirkungsmöglichkeiten würden sich also verändern.

*Blumenthal* ergänzt, beim Wirken der Menschen würde das Handwerk eine größere Rolle spielen.

*Streblov* wirft ein, ein gesellschaftliches System hätte nur Bestand, wenn die drei Systeme Wirtschaft, Soziales und Kultur gleichberechtigt wären. Das System beginne zu schwanken, wenn ein Bereich zu stark werde. Kultur sei immer das, was man nicht kaufen könne, definiere sich über Regelsysteme und Vereinbarungen.

*Breitenfeld* sieht in Digitalisierung die Verarmung menschlicher Werte und Kontakte. Soziale Dinge sollten seiner Meinung nach mehr in den Vordergrund rücken. Dazu gehöre Kunst und Kultur, die handwerklich sein müsse. Politik und Wirtschaft seien gefragt, um Überschüsse anders als bisher zu verteilen. Man müsse in Kunst und Bildung investieren.

*Berndt* hinterfragt, ob bedingungsloses Grundeinkommen wirklich etwas ändere. Es bedeute auf jeden Fall die Bürokratie zurückzufahren. Es würden sich mehr Menschen einbringen, wenn es nicht nur ums Überleben ginge. Arbeitslose würden sich aber in der Gesellschaft zurückgesetzt fühlen.

*Blumenthal* wirft ein, Kreativität sei für alle da, der Zugang bestünde aber nur, wenn materielle Absicherung für alle garantiert werden würde.

*Schael* fragt, was Kultur meint und geht auf die Erweiterung des Kulturbegriffs ein. Kultur sei die Einheit von Wirtschaft, Sozialem und Kunst. Die „schönen Künste“ sollten besonderen Schutz haben, da sie im Kraftfeld „Kultur“ unterrepräsentiert wären.

*Svensson* fügt an, ohne Digitalisierung sei das schöpferische Zusammenspiel von Musikern verschiedener Herkunft und Länder nicht möglich. Ebenso verhielte es sich mit dem zeitgleichen Improvisieren über Grenzen hinweg.

*Blumenthal* betont, dass Bildung des Kindes Voraussetzung sei, sich in der digitalen Welt zurecht finden zu können.

*Schael* meint, das Erlernen eines Musikinstrumentes zum Pflichtunterricht zu machen.

*Körner* erklärt, dass ein distanzloser, kostenloser Zugang zur Kunst notwendig sei.

**Fazit**

Die Kultur der Zukunft basiere auf einem Bewusstseinswandel. Der trisektionale Bereich müsse gleichberechtigt sein, denn nur gemeinsam könne er Veränderungen hervorrufen. Momentan sei die Wirtschaft noch an erster Stelle. Die Herstellung des Gleichgewichts sei Aufgabe der Politik. Wäre Kunst erst wieder gleichberechtigt, so hätte kulturelle Bildung einen stärkeren Einfluss. Es könnten beispielsweise mehr Kreativschulen entstehen, an denen Erfahrungslernen an oberster Stelle stehe. Die analogen Welten würden dabei nicht ersetzt, sondern mit ihnen vermischt werden. Ein Bewusstseinswandel habe Einfluss auf politische Verwaltungsstrukturen. So wäre ein Vertreter aus allen drei Bereichen (Wirtschaft, Soziales, Kultur) notwendig für die Unterzeichnung wichtiger politischer Vorlagen. Momentan spüre man noch konservative Kräfte. Man müsse deshalb zukünftige Diskussionen nicht der Wirtschaft überlassen und den Kulturbegriff neu denken.

## Arbeitsgruppe 3

### Transformationen im Kulturbereich – Kulturentwicklung zwischen Strategie, Publikumsresonanz und Wirtschaftlichkeit

Impuls: Dr. Tobias J. Knoblich (Vizepräsident der kulturpolitischen Gesellschaft, Kulturdirektor  
Landeshauptstadt Erfurt)

Leitung: Simone Briese-Finke (Landeskulturrat MV)  
Frauke Lietz (Landeskulturrat MV)

---

Der Impuls von Dr. Knoblich stellt die Notwendigkeit, Herausforderungen, aber auch Chancen von Transformationen im Kulturbereich heraus. Er erläutert zunächst, was Transformation methodisch bedeute. Es bedeute institutionalisierten Traditionalismus in Frage zu stellen, den Diskurs mit der Eigenlogik der Institutionen, das Konzept mit dem Schicksal sowie die Dynamik mit der pfadgebundenen Fortführung in Einklang zu bringen und eine Kultur des Auch-Aufhören-Könnens zu entwickeln. Transformationen würden vor allen durch veränderte Nachfrage, Erlebniserwartungen, regionale Strukturen und finanzielle Lastenteilung, durch neue Bildungs- und Vermittlungskonzepte, Themen und Konjunkturen, durch alternative Akteure und Träger entstehen. Die Identität einer Kultureinrichtung definiere sich durch Tradition, Publikum und den Betriebscharakter. Die Durchführung von Transformationen im Kulturbereich erfordere die Beachtung dreier Phasen. Zuerst müssen Angebote evaluiert und Leistungsmöglichkeiten erkannt werden. Anschließend müssen Besucher/Nicht-Besucher erkannt und Erwartungen und Kontext analysiert werden. Zuletzt sollten Angebote und Vermittlungsformen angepasst und Ziele und Strategien entwickelt werden. Es ergeben sich folgende Elemente einer strategischen Kulturpolitik:

- Entwicklung strategischer Kulturkonzepte im Dialog mit den Bürger/innen
- Erhebung eigener Daten und Nutzung aktueller Quellen
- Prüfen alternativer Betriebsformen (Wirtschaftlichkeit)
- Konnexität zwischen Landes-, Regional- und kommunalen Konzepten
- Stärkung von Kooperationen und Beziehungen

Aus dem Impuls ergaben sich folgende Feststellungen in der Diskussion:

- Transformationen sind notwendig.
- Es ist wichtig, Kultur nicht durch zu viel Zweckbindung zu überfrachten und darauf zu achten, dass die Freiheit der Kunst und Kultur erhalten bleibt.
- Die Kulturlandschaft ist gewachsen, und die Herausforderung der Zukunft bedeutet, ein Maß als Einheit von Qualität und Quantität (Hegel in *Wissenschaft der Logik*) für diese Fülle zu finden.
- Verständnis von Kultur als Querschnittsaufgabe.

Davon ausgehend, fordert die Arbeitsgruppe III die Landesregierung auf, unter Führung des Landeskulturates einen Prozess zur Entwicklung von kulturpolitischen Grundsätzen zu initiieren, der folgende Bedingungen erfüllt:

- Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit, trotzdem Flexibilität
- Begriffsklärung und genaue Festlegung von Diskussionsgegenstand und Ziel



- Klärung und Transparenz der Beteiligten im Prozess (Diskutanten, u.a. Kulturschaffende, Verbände)
- Stufenweiser Prozess ausgehend von Grundsatzentwicklung auf Landesebene und folgende Einbeziehung der Gebietskörperschaften (Kreise, Kommunen)

### **Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit:**

Es muss gewährleistet werden, dass die gemeinsam festgelegten und abgestimmten kulturpolitischen Grundsätze verbindlich über Legislaturperioden und sich verändernde Mehrheitsverhältnisse im Landtag hinaus Gültigkeit haben und Handlungsgrundlage für die Exekutive sind.

Gleichzeitig ist durch Fortschreibung und Weiterentwicklung sicher zu stellen, dass die Grundsätze die für kulturelle Entfaltung notwendige Flexibilität haben und relevante Kulturentwicklungen widerspiegeln.

### **Begriffsklärung**

Um einen effizienten und erfolgreichen Diskussion führen zu können, ist es notwendig, einen Begrifflichkeitsdiskurs vorzuschalten und an dessen Ende den exakten Diskussionsgegenstand und das Ziel für eine Debatte zu kulturpolitischen Grundsätzen festzulegen.

Was ist für uns Kultur?- muss definiert werden, bevor dazu Grundsätze festgelegt werden können.

### **Beteiligte im Prozess**

Ebenso wichtig für einen erfolgreichen Diskurs ist die Klärung des Spektrums der Diskutierenden, um diesen transparent zu machen.

Die Arbeitsgruppe schlägt hier vor, die kulturpolitischen Sprecher\*innen der Landtagsfraktionen und den Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Landtages (der ja nicht einmal mehr Kultur- und Bildungsausschuss heißt, sondern nur noch Bildungsausschuss-Anm. Red.) in eine entsprechende Sitzung des Landeskulturrates einzuladen und einzubinden in den Prozess.

### **Stufenweiser Prozess**

Hier schlägt die Arbeitsgruppe vor, einen Grundsatz auf Landesebene zu entwickeln und damit einen Diskurs zur kulturellen Entwicklung und ggf. deren Festlegung in Leitlinien oder Kulturentwicklungsplanungen in den Gebietskörperschaften des Landes, Landkreise und Kommunen, einerseits und unter den Kulturschaffenden und den entsprechenden Landesverbänden andererseits anzustoßen. Es ist zu klären, um welche Dialogpartner das Spektrum der Beteiligten zudem erweitert werden sollte.

Insbesondere ersteres ist auch eine Frage der Kapazitäten u. a. der Kulturverwaltungen in Kreis und Kommunen. Das Einbeziehen einer Moderation des Prozesses ist eine wichtige Grundlage für dessen Gelingen.

### **Fazit:**

Abschließend stellt die Arbeitsgruppe fest, das Prinzip, „der Weg ist das Ziel“ ist auch für diesen Prozess anzuwenden, denn mindestens ebenso wichtig wie die Formulierung verbindlicher kulturpolitischer Leitlinien ist es, ins Gespräch zu kommen und sich intensiv auszutauschen.

Simone Briese- Finke  
Frauke Lietz

## Arbeitsgruppe 4

### Wie muss Kultur „verpackt“ sein? Kulturangebote für Touristen im Land

Impuls: Tobias Weitendorf (Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.)  
Hans Jensen (Pangea- Festival, Supremesurf GmbH)

Leitung: Ralph Kirsten (Mitglied Landeskulturrat MV e.V.)

---

Tobias Weitendorf (der kurzfristig für den erkrankten Geschäftsführer Bernd Fischer eingesprungen war) eröffnete seinen Input mit der Darstellung des Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern, zeigte auf, dass es bei allen Erfolgen eine Reihe von ernsthaften Herausforderungen gebe. Er ging dann spezieller auf den „Kulturtourismus“ ein, zeigte Erwartungen der Touristen aus repräsentativen aktuellen Umfragen (auch den Unterschied von Kultur- und „Auch Kulturtouristen“) und die bestehenden zahlreichen Kooperationen zwischen Tourismus und Kultur auf. Er verwies aber auch auf die Defizite in der bisherigen Kommunikation (konzertierter kooperieren, Dialog nachhaltiger gestalten, man fange zu häufig bei Null an) und die fehlenden Querschnittsebenen zwischen den verschiedenen Akteuren von Tourismus(wirtschaft) und Kultur. Die Idee einer Strategie für den Kulturtourismus sei nur dann sinnvoll, wenn sie im bzw. aus dem Gesamtkontext der Tourismuskonzeptionen des Landes entwickelt werden würde. Noch idealer wäre eine interdisziplinäre Landesstrategie für die Aufwertung ländlicher Räume, bei der den beiden Querschnittsbereichen Tourismus und Kultur entsprechend ihrer Bedeutung eine Verantwortung und Funktion zugeschrieben werden würde.

Hans Jensen stellte im zweiten Input mit dem Pangea Festival (2012 gegründet, [www.pangea-festival.de](http://www.pangea-festival.de)) ein erfolgreiches Festival und sein Konzept vor, dass mit einem speziellen Angebot - entwickelt aus den Gegebenheiten vor Ort - vor allem auch Besucher von außerhalb M-V nach Pütnitz lockt. Werbung und Kommunikation wird dafür allein über das Internet geleistet. Aus seiner Sicht gelte es, die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, um gerade Spezial- und Nischenangebote in der Bekanntheit, Wirtschaftlichkeit und Qualität zu stärken.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass inzwischen ein gegenseitiges Verständnis und der Wille zur Zusammenarbeit gewachsen sind. Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

1. Es braucht eine Mitnahme des Landes bei der Tourismusentwicklung, eine Binnenstrategie zur Akzeptanz des Fremden nach innen
2. Es braucht wirkliche gelebte interministerielle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien
3. Einbindung des Kulturbereiches in die beginnenden Gespräche zum Kulturtourismus
4. Frage der besseren Vernetzung Tourismusverband – Kulturbereich/Kulturräte
5. „Klassische Kultureinrichtungen“ müssen sich entscheiden, ob sie sich stärken „Auch“ Kulturtouristen öffnen wollen und wie dann dafür Angebote und Öffentlichkeitsarbeit aussehen könnten
6. Es bleiben als gemeinsame Aufgaben: Weiterbildung, Qualitätsmanagement,
7. Es bleibt die Idee, Tourismus und Kultur stärker unter „Regionalmanagement“ zusammenzuführen
8. Maßnahmen zur Ansiedlung von „Raumpionieren“, Einwanderungsland M-V
9. Im Kulturtourismus nach außen „Leuchttürme“ und zielgruppenorientierte Angebote herausstellen

Es gab diverse bilaterale Anknüpfungspunkte der Teilnehmer und den Wunsch, den Dialog zum Kulturtourismus qualifiziert fortzusetzen.

## Arbeitsgruppe 5

### Kultur und Wissenschaft – Symbiose der Zukunft

Impuls: Prof. Dr. Wolfgang Schareck (Rektor Universität Rostock)  
Dr. Jörg-Uwe Neumann (Leiter Kunsthalle Rostock)

Leitung: Dr. Jan Hofmann (stellvertretender Vorsitzender Landeskulturrat)

---

Der Leiter der AG wies eingangs auf die Bedeutung von Wissenschaft und Kultur in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hin. Mecklenburg-Vorpommern habe mit sechs Universitäten und Hochschulen, der gleichen Zahl von Leibnitz-Instituten sowie anderer Wissenschaftseinrichtungen eine wichtige Wissenschaftsszene. Es gehe um die Frage, wie Wissenschaft und Kultur in einem Dialog miteinander gebracht werden könnten. Zwei Referenten ergriffen das Wort:

Der **Rektor der Universität Rostock, Wolfgang Schareck**, griff das Verhältnis von Tradition und Zukunftsperspektiven auf. Im Zeitalter der Aufklärung habe eine enge Verbindung von Wissenschaft und Kunst bestanden. Die Universität Rostock werde 600 Jahre alt, sie sei ursprünglich eine päpstliche Gründung gewesen, habe dann jedoch im Zeitalter der Reformation und im Ostseeraum eine wichtige Rolle gespielt. Aktuell verfüge die Universität über vier fakultätsübergreifende Departments, die in der Interdisziplinären Fakultät zusammengefasst sind: Leben, Licht & Materie, Maritime Systeme, Altern des Individuums und der Gesellschaft sowie Wissen – Kultur – Transformation. Das Universitätsjubiläum 2019 sei mit dem Jubiläum der Stadt Rostock 2018 verbunden. Für die Universität ergeben sich vier Ziele: Der interne Zusammenhalt solle gestärkt werden, sie möchte dabei in die Stadtgesellschaft wirken, sich als wirtschaftlicher Faktor zeigen und zur internationalen sowie regionalen Sichtbarkeit beitragen. Für 2018 sind verschiedene Initiativen vorgesehen, dazu gehört zum einen die Durchführung von wichtigen wissenschaftlichen Veranstaltungen in dem genannten Jahr in Rostock. So werden das 24. Internationale Bachfest sowie die Hochschulrektorenkonferenz in der Hansestadt stattfinden. Zum anderen sind verschiedene Publikationen geplant, u.a. „Die Universität Rostock in 600 Begriffen“. Hinzu kommen zwei Ausstellungsprojekte: In einer Verflechtungsgeschichte soll die Entwicklung der Universität Rostock nachgezeichnet werden. In einem „Da Vinci-Projekt“ sollen 35 Künstler eine Verbindung von zentralen Fragen mit neuen Materialien und Substanzen präsentieren. Damit möchte die Universität dem Anspruch gerecht werden, nicht allein zur Traditionspflege, sondern auch zu einem neuen Weltverständnis beizutragen.

Der **Direktor der Kunsthalle, Jörg-Uwe Neumann**, erwähnte in seinem Beitrag ein künstlerisches Vorhaben, das in der Vergangenheit mit der Universität durchgeführt wurde. In dem brain painting-Projekt wurden die Beiträge einer gelähmten Künstlerin in Beziehung mit bekannten Künstlern gebracht. Damit und durch die wissenschaftliche Begleitung erlangte das Projekt hohe Aufmerksamkeit (u.a. in den Tagesthemen), das Publikumsinteresse blieb indessen verhalten. Insofern stelle sich die Frage, wie Wissenschaft und Kunst publikumswirksam werden könnten. Für die Zukunft sei ein Schwerpunkt auf Osteuropa vorgesehen, dabei solle zunächst eine Ausstellung zu Rumänien und später zu Russland erfolgen.

In der **Diskussion** wurde auf museale Erfahrungen in Kühlungsborn verwiesen sowie auf ein Editionsprojekt des Barlach-Hauses. Mit Blick auf die Vorhaben von Universität und Kunsthalle

erfolgte der Hinweis darauf, dass die Studierenden mittlerweile ein größeres Problem darstellten als die Schüler. Durch den Bologna-Prozess seien die Möglichkeiten zu einem breiteren und an humanistischen Bildungszielen orientierten Studium eingegrenzt worden. Dadurch falle es schwer, die Studierenden für solche Vorhaben zu begeistern. Dieser Eindruck wurde in den Beiträgen der anwesenden Studierenden der Universität Rostock bestätigt.

In der Diskussion kam der Gedanke auf, dass unter den 35 zu gewinnenden Künstlern auch einzelne aus der Region aufgenommen werden sollten. Dies gelte sowohl für verstorbene als auch besonders für jüngere Künstler. Durch die Integration bekannter Künstler, die wie Edward Munch oder Jo Jastram einen Bezug zu Warnemünde bzw. zu Rostock und zur Universität hätten, könne an vorhandene Sehgewohnheiten angeknüpft und u.a. das spezifische Interesse von Landeskindern zur Geltung kommen. Gleichzeitig eröffne sich auf dieser Basis die Möglichkeit, moderne, junge und internationale Künstler zu präsentieren. Verwiesen wurde auch auf die Bedeutung der digitalen Ebene sowie auf die Inter- und Transdisziplinarität.

In der Diskussion kamen weitere Gedanken auf, die sich nicht konkret auf das Universitätsjubiläum von 2018 bezogen. Dazu gehörte wiederum die Interdisziplinarität, die Verwendung von Bildungsmitteln für Bibliotheken sowie den Erhalt von Schutzräumen für Künstler. Die Kunst könne sich darüber hinaus nicht nur auf den institutionalisierten Bereich beschränken, sondern müsste sich in einem eher armen Flächenstaat die Möglichkeiten um die Existenz von freischaffenden Künstlern und Wissenschaftlern sorgen. Schließlich seien sowohl die Zahl der Wissenschaftler als auch die der Patente wesentlich niedriger als in anderen Bundesländern. Beklagt wurde das Fehlen eines Lehrstuhls für Kunstgeschichte an der Universität Rostock und die begrenzten Möglichkeiten der Kunstgeschichte in Greifswald. Es gelte den Dialog zwischen Kunst und Wissenschaft zu fördern. Öffentliche Gelder sollten für den Identifikations- und Identitätsgewinn genutzt werden.